

Retter aus der Not?

Sicher werden Viele die Benennung von Karl-Heinz Lambertz als Krisenvermittler durch König Albert als eine Ehre für den Benannten und als eine Anerkennung für die Deutschsprachige Gemeinschaft beurteilen. Und sie werden diese Wahl des Königs mit der Hoffnung auf einen "Retter aus der Not" verbinden.

In diesem Zusammenhang drängt sich dann eine wesentliche Frage auf: Wird der Ministerpräsident der DG tatsächlich den richtigen Lösungsansatz für die Krise des belgischen Staates in die Beratungen einbringen?

Ist die Krise Belgiens wirklich institutionell und kulturell oder ist sie nicht doch im Wesentlichen wirtschaftlich-sozial? .

Flandern zahlt mehr an den belgischen Staat ein, die Wallonie holt mehr aus dem belgischen Staat heraus. Solange dabei ein Jeder genug hat und zufrieden ist mit dem was er bekommt, ist das noch kein Problem. Wenn aber sowohl innerhalb der flämischen als auch der wallonischen Sprachgemeinschaft immer mehr Menschen, so wie das jetzt der Fall ist, weniger zur Verfügung haben und unzufriedener werden, dann sinkt auch die gegenseitige Toleranz.

Wenn man die Ursache der belgischen Staatskrise also im wirtschaftlich-sozialen Bereich sucht, dann steht fest, dass:

- . die Kaufkraft der Flamen und der Wallonen ganz drastisch verbessert werden muss,
- . dass die Abgaben der Landwirte, der Gewerbetreibenden und der kleinen Betriebe entscheidend verringert werden müssen,
- . dass dazu der belgische Staat seine fortschreitende immense Verschuldung stoppen muss, zuallererst in dem er die rund 200.000 unnötigen politischen und administrativen Posten und Ämter, die meisten davon in der Wallonischen Region bzw. der Französischsprachigen Gemeinschaft, beseitigt, und zweitens in dem er das Geld von dort zurückholt wo es mehr und mehr verschwindet, nämlich bei den Super-Reichen.

Zurück zur wesentlichen Frage: Kann man überhaupt aus dem neo-liberalen Dunstkreis ausbrechen, wenn man vom König, einem Repräsentanten der neo-liberalen Strategie, geduldet wurde? Hatte sich K-H. Lambertz vor seiner Berücksichtigung durch den König hervorgetan durch die hartneckische Forderung nach sozialer, solidarischer Politik in Belgien und außerhalb, oder gehört auch er eher zu den Verfechtern einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Steuerpolitik zum Wohl der großen Konzerne?

Einige Fragen, deren Analyse zu echten Debatten innerhalb der Sozialistischen Partei führen müsste.

Eine Kehrtwendung hin zu einer nachfrageorientierten, solidarischen Wirtschaftspolitik würde aber ganz sicher einen größeren Beitrag zum Zusammenhalt des belgischen Staates liefern, als alle institutionellen, wahltaktischen und geostrategischen Spitzfindigkeiten zusammengenommen!

Joseph Meyer

VIVANT- Ostbelgien

www.vivant-ostbelgien.org